

Ist die Duisburger Linke antisemitisch?

In der Stadt gibt es die erste rot-rot-grüne Koalition in NRW. Gegen den linken Kreisverband gibt es den Vorwurf des Antisemitismus. Allein die Grünen verlangten eine Distanzierung

Dem Fraktionsvorsitzenden der Duisburger Linkspartei, Hermann Dierkes, kann man vieles nachsagen. Dass er ein Mann ist, der seine Ansichten verleugnet, nicht: "Wir müssen mutig die Wahrheit verbreiten. Wir dürfen es nicht länger zulassen, dass im Namen des Holocaust und mit Unterstützung der Bundesregierung derart schwere Menschenrechtsverbrechen begangen und geduldet werden."

Seit über zwei Jahren findet sich dieser Satz Dierkes auf der Homepage der Duisburger Linkspartei. Weiter heißt es: "Jede und jeder kann z.B. durch den Boykott von israelischen Waren dazu beitragen, dass der Druck für eine andere Politik verstärkt wird. Während des furchtbaren Angriffs der israelischen Armee auf den Gaza-Streifen haben die norwegischen und griechischen Gewerkschaften mit ihrer Weigerung, israelische Schiffe zu laden, gezeigt, was möglich ist." Auf dem Server der Linkspartei war erst im April auch ein Flugblatt gefunden worden, dessen Logo sich aus einem Hakenkreuz und einem Davidstern zusammensetzte. Überschriften war es mit den Worten: "Nie wieder Krieg für Israel!" Ein klarer Aufruf zum Boykott israelischer Waren, und Hermann Dierkes stellte 2009 im Interview mit der islamistischen Web-Seite "Muslim-Markt" klar, dass es daran nichts zu deuteln gibt. Dierkes erklärt dort, dass er von einem Journalisten angerufen worden sei, der ihn gefragt hätte, ob er zum Boykott israelischer Produkte aufgerufen habe: "Ich bestätigte ihm das, er könne das auf der Internetseite nachlesen."

Das sieht NRW-Innenminister Ralf Jäger anders. Er ist der Chef der Duisburger SPD, die zusammen mit Linkspartei und Grünen im Duisburger Rat eine Koalition bilden. Auf die Frage, ob die SPD mit der von Dierkes geführten Linksfraktion zusammenarbeiten solle, auch wenn Dierkes sich nicht von seinen Boykottaufrufen distanziert, antwortete Jäger: "Herr Dierkes hat keinen generellen ‚Israelboykott‘ veröffentlicht."

Das sehen selbst die Grünen anders. Auch sie hatten erst keine Probleme, mit Dierkes eine Koalition einzugehen, wurden von ihrem Landesverband nach der Entdeckung des Hakenkreuz-Flugblatts bei der Linkspartei aber dazu gedrängt, eine klare Position zu beziehen. Und das taten sie am 13. Mai mit einer öffentlichen Erklärung, in der sie die Linkspartei in Duisburg und Hermann Dierkes aufforderten, ihr Verhältnis zu klären - insbesondere die Anerkennung des Staates Israel und ein Verzicht auf Boykottaufrufe war den Grünen wichtig. Ohne eine solche Klärung sei "ein Übergang zur gewohnten Tagesordnung nicht so einfach möglich", hieß es damals.

Zwei Wochen später ist davon nicht mehr die Rede. Der vollmundigen Erklärung der Grünen folgte - nichts. Auf eine Anfrage dieser Zeitung, ob die Linkspartei und Hermann Dierkes auf ihre Erklärung reagiert hätten, antworteten die Grünen ebenso wenig wie die Linkspartei und Hermann Dierkes auf die Anfrage, ob man bereit sei, seine Positionen zu ändern. Dabei ist der Aufruf zum Boykott israelischer Waren nicht der einzige entsprechende Ausfall von Dierkes gewesen. Auf einer Konferenz der trotzkistischen Gruppierung "Marx21" nannte Dierkes die Frage des Existenzrechts Israels "läppisch". Dass die Linkspartei Duisburgs schon mehrfach, so bei Protesten gegen den Gaza-Krieg 2009, gemeinsam mit Anhängern der terroristischen Hamas auf die Straße ging, wundert da kaum noch.

Der Alltag ist in der rot-rot-grünen Koalition in Duisburg also längst wieder eingeleitet. Und Grüne und SPD scheinen sich nicht daran zu stören, mit einer lokalen Linkspartei zu kooperieren, die schon seit Jahren immer wieder im Zusammenhang mit als antisemitisch eingestuften Vorfällen genannt wird. Zum Beispiel während einer Aktuellen Stunde im Bundestag vergangenen Mittwoch. CDU und FDP hatten sie beantragt, um über die Studie von Samuel Salzborn und Sebastian Voigt

über den Antisemitismus in der Linkspartei zu diskutieren.

Der Sozialwissenschaftler und der Historiker kamen nach der Analyse zahlreicher Vorfälle in der Partei Die Linke zu dem Ergebnis, dass dort antisemitische Positionen nicht nur weit verbreitet seien, sondern auch von der Parteiführung geduldet würden. Und immer wieder werden als Beispiel für praktizierten Antisemitismus in der Linkspartei genannt: Hermann Dierkes und seine Duisburger Genossen. Samuel Salzborn: "Wer zum Boykott israelischer Waren aufruft, geht faktisch eine Allianz ein mit der SA-Parole 'Kauft nicht bei Juden!'" Sogar Linksparteipolitiker wie Petra Pau und Dietmar Bartsch haben sich schon vor Jahren öffentlich von Dierkes distanziert. Innenminister Ralf Jäger hingegen gelingt dies noch immer nicht.

Und melden sich Kritiker in der Duisburger SPD zu Wort, dürfen sie nicht damit rechnen, dass ihre Thesen auch nur offen diskutiert werden. So verfasste ein SPD-Mitglied Anfang Mai unter dem Titel "Die Linke in Hamborn und das Flugblatt" einen Sachstandsbericht, der der "Welt am Sonntag" vorliegt. In dem Papier werden nicht nur die Ausfälle von Dierkes beschrieben, sondern auch die engen Kontakte der Linkspartei zu den Duisburger Antiimperialisten, einer militanten Israel-feindlichen Splittergruppe. Mitglieder dieser Organisation würden auf Demonstrationen Parolen wie "Intifada bis zum Tod" rufen und verfügten über beste Kontakte in die Partei. Der Autor kommt zu dem Schluss, dass eine Zusammenarbeit mit der Linkspartei gefährlich ist: "Die Glaubwürdigkeit der SPD ist stark beschädigt, wenn wir uns nicht klarer von den Vorgängen distanzieren und zumindest die Kooperation mit 'der Linke' in Frage stellen."

Für Jäger hat das Papier, dem man in jeder Zeile die Sorge eines überzeugten Sozialdemokraten um seine Partei anmerkt, keine Bedeutung: "Das Papier ist von einem einzelnen unserer ca. 5000 Mitglieder verfasst und in seinen Ortsverein eingebracht worden. Es hat dort außer der Stimme des Verfassers keine Unterstützung gefunden." Das Schlimme ist, dass Jäger mit dieser Einschätzung wohl sogar richtig liegt. Der Anschein von Antisemitismus ist in Duisburg weder für die Grünen noch für die SPD ein Grund, sich die Koalitionsstimmung vermiesen zu lassen.